

# Landkreis Friesland

---

## Niederschrift

**über die 14. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am  
Mittwoch, 28. Oktober 2009, im Saal des „Landhaus Tapken“ in Sande,  
Bahnhofstraße**

---

**Beginn:** 14:30 Uhr

**Ende:** 16:10 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Mitglieder**

Ambrosy, Sven  
Bastrop, Heide  
Brunken, Rainer  
Burgenger, Uwe  
Böcker, Rudolf  
Chmielewski, Iko  
Dierenga, Karin  
Eggerichs, Peter  
Funke, Karl-Heinz  
Gabbey, Dietrich  
Gburreck, Fred  
Gramberger, Joachim  
Grützner, Gisela  
Harms, Siegfried  
Heidenreich, Walter  
Herfel, Bärbel  
Heußen, Günther  
Hoppenheit, Christa  
Husemann, Horst-Dieter  
Janßen, Dieter  
Janßen, Wolfgang  
Just, Janto  
Kaempfe, Hartmut  
Kaiser-Fuchs, Marianne  
Kammer, Hans-Werner  
Kindo, Anja  
Koch, Klaus-Peter  
Lahl, Herbert  
Müller, Alfred  
Nieraad, Peter  
Onken, Elisabeth  
Onnen-Lübben, Reinhard  
Osterloh, Uwe  
Pauluschke, Bernd  
Polenz, Dirk von

Ralle, Elfriede  
Ramke, Michael  
Recksiedler, Raimund  
Rost, Wilfried  
Schlieper, Ulrike  
Thiesing, Ralf  
Tischer, Peter  
Wimmer, Franz  
Zielke, Gustav

#### Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin Dr.  
Gerdes, Gerda  
Klug, Sönke  
Wehnemann, Peter

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Kreistagsvorsitzender Funke eröffnete die Kreistagssitzung und hieß alle Anwesenden willkommen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Funke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Es fehlten die Abgeordneten Busch, Habeck und Lies. Herrn Kreistagsabgeordneten Habeck übermittelte Herr Funke namens des Kreistages beste Genesungswünsche.

Er begrüßte Herrn Günther Heußen, der als Nachrücker für Frau Sabine Haltern künftig dem Kreistag künftig wieder angehören werde; seine Verpflichtung erfolge zu TOP 4.

Sodann hieß Bürgermeister Wesselmann den Kreistag herzlich willkommen in Sande. Der neue Sander Kreisel sei noch nicht ganz fertig gestellt; in Kürze werde er eröffnet, nachdem am vergangenen Sonntag für die Bürgerinnen und Bürger bereits ein „Kreisfest“ stattgefunden habe.

Am Samstag, 31. Oktober 2009, werde in Sande der neue Kunstrasenplatz an der Sporthalle am Falkenweg eingeweiht. Mannschaften aus Rat und Kreistag sowie Gemeinde- und Kreisverwaltung sollten anlässlich der Eröffnung gegen einander Fußball spielen. Der Bürgermeister lud herzlich ein.

Des weiteren ging Herr Wesselmann auf die geplanten Maßnahmen der Dorferneuerung (Sanierung Kreisstraße/Dollstraße) ein, die man in den nächsten Jahren angehen werde.

Hinsichtlich der Bahnumfahrung/Deichstraße Richtung Cäciliengroden / Industriegebiet werde demnächst das Planfeststellungsverfahren beginnen. Mit der Fertigstellung rechne man in 2011/2012, bevor hier die ersten Züge Richtung JadeWeserPort führen.

Die Bahnumfahrung, vor allem zu Belangen des Lärmschutzes, sei im Moment beherrschendes Thema. Wenn alles gut laufe, hoffe man auf die Fertigstellung der Bahnumfahrung in 2014. Bis dahin seien hoffentlich auch alle Probleme des Lärmschutzes gelöst.

Der Bürgermeister ging sodann kurz auf die angespannte Haushaltslage der Gemeinde Sande ein; in der vergangenen Woche habe man einen Nachtragshaushalt mit einem Fehlbedarf von 600.000 Euro verabschiedet. Gemeinden und Landkreis befänden sich wegen der Situation der Haushalte in Gesprächen und werde Zahlen zusammen stellen, um hier eine vernünftige Regelung zu finden.

Der Bürgermeister wünschte der Sitzung einen guten Verlauf und verabschiedete sich sodann wegen anstehender Folgetermine.

### **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Unter TOP 12.2 wurde der Eilantrag der Kreistagsabgeordneten Kindo zur Forderung einer höheren Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung – KdU – für ALG II-Beziehende einstimmig aufgenommen.

Die BfB-Fraktion beantragte, TOP 3.3.2 – Anpassung der Zweckverbandsumlage – aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil zu verlagern. Diese Angelegenheit sei grundsätzlich für die Öffentlichkeit bestimmt, zumal die Mehrbelastung gebührenwirksam werde. Ggf. sollte der Punkt zumindest gesplittet werden in öffentlichen und nichtöffentlichen Teil.

Auch die Beantwortung der Anfrage zur Kapitalerhöhung der EWE solle gesplittet werden; an diesen Ausführungen bestehe ein erhebliches öffentliches Interesse.

Kreistagsabgeordneter W. Janßen bat namens der BfB-Fraktion darum, seitens der Verwaltung Stellung zu TOP 3.3.3 – Firma Heinen GmbH – zu nehmen.

Der Kreistag stimmte dazu wie folgt ab:

a) Absetzung TOP 3.3.3 /nichtöffentlich– Fa. Heinen GmbH -

Bei 7 Gegenstimmen verblieb es dabei, den Punkt abzusetzen. Der Landrat signalisierte, er werde allgemeine Informationen zur weiteren Vorgehensweise unter „Mitteilungen“ vortragen.

b) Aufsplittung Beantwortung EWE-Anfrage

Landrat Ambrosy verwies darauf, dass letztmalig im Wirtschaftsausschuss ausführlich öffentlich über die nicht der Geheimhaltung unterliegenden Dinge informiert worden sei. Alle darüber hinaus gehenden Fragen müssten aber aus gesetzlichen Gründen zwingend im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

Auf ausdrückliche Nachfrage von Herrn Funke bat Herr Just darum, seine Fragen umfassend zu beantworten, wenn auch in Teilbereichen die öffentlichen Informationen bereits erfolgt seien.

Herr Funke stellte in diesem Zusammenhang fest, wenn er auch nicht in öffentlicher Sitzung ausführlich Stellung nehmen könne, so vertrete er doch den Standpunkt für

eine Sonderausschüttung der EWE an die Kommunen. Hierfür gelte es Mehrheiten in den EWE-Gremien zu erzielen. - Der Landrat pflichtete dieser Auffassung bei.

#### c) TOP 3.3.2 – Zweckverbandsumlage

Landrat Ambrosy schlug eine Splittung vor:

Die Ausführungen zu Beschlussvorschlag – Absatz 1 – könnten im öffentlichen, Ausführungen zum zweiten Absatz müssten wegen des vertraglichen Schwebezustandes und des Datenmaterials im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Die Tagesordnung wurde mit den vorstehenden Maßgaben festgestellt.

#### **TOP 4      Feststellung des Nachrückens von Herrn Günther Heußen, Schortens, als Ersatzperson im Kreistag, Verpflichtung und Pflichtenbelehrung**

Landrat Ambrosy verlas die folgenden Ausführungen zum formellen Sitzübergang:

„Mit Feststellungsbeschluss vom 24. Juni 2009 hat der Kreistag festgestellt, dass das Kreistagsmandat von Frau Sabine Haltern zum 31. Juli 2009 durch Verzicht nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 NLO endete.

In meiner Funktion als Kreiswahlleiter stelle ich fest:

Nachrücker von Frau Haltern ist über den SPD-Wahlvorschlag über die Listenwahl im Wahlbereich 3/Sande, Schortens **Herr Günther Heußen aus Schortens, Anne-Frank-Straße 20.**“

Landrat Ambrosy hieß Herrn Heußen willkommen; er habe dem Kreistag von 1996 bis 2006 bereits angehört.

Auf Nachfrage des Landrates erklärte Herr Heußen, er sei bereit, als Nachrücker für Sabine Haltern das Kreistagsmandat anzutreten.

Der Landrat stellte gemäß § 44 Abs. 1 und 6 des Nds. Kommunalwahlgesetzes formell den Übergang des Sitzes auf Herrn Günther Heußen fest.

Der Kreistag beschloss sodann gemäß § 31 und § 32 Abs. 2 NLO einstimmig wie folgt:

Herr Günther Heußen, Anne-Frank-Straße 20, Schortens, ist als Ersatzperson für Frau Sabine Haltern in den Kreistag des Landkreises Friesland nachgerückt.

Landrat Ambrosy verpflichtete Herrn Heußen sodann gemäß § 39 Abs. 1 NLO per Handschlag, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. -

Es erfolgte sodann die **Pflichtenbelehrung** durch den Landrat gemäß § 23 i. V. m. § 35 Abs. 3 NLO auf die Herrn Heußen nach den §§ 20 bis 22 NLO obliegenden Pflichten:

- Amtsverschwiegenheit
- Mitwirkungsverbot
- Vertretungsverbot

Herr Heußen leistete die Unterschrift zur Pflichtenbelehrung; der Landrat händigte ihm eine Ausfertigung der NLO aus.

## **TOP 5      Umbesetzungen in den Kreistagsausschüssen und Feststellungsbeschluss zu den jeweiligen neuen Zusammensetzungen**

Frau Schlieper erklärte, Herr Heußen werde alle von Frau Haltern in den Fach-  
ausschüssen des Kreistages wahrgenommenen Positionen übernehmen. Im  
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen werde Herr  
Pauluschke neuer Vorsitzender, als sein Vertreter fungiere Herr Wimmer.

Es wurde daraufhin die neue Zusammensetzung folgender Fachausschüsse  
einstimmig beschlossen:

### **a) Ausschuss für Schule, Sport und Kultur (Herr Heußen als stellv. Mitglied)**

#### **Mitglied**

KTA Dietrich Gabbey

KTA Uwe Osterloh

KTA Elfriede Ralle

KTA Fred Gburreck

KTA Peter Eggerichs

KTA Gisela Grützner

KTA Heide Bastrop \* Vorsitz

KTA Karin Dierenga \*\* stv. Vorsitz

KTA Peter Nieraad

KTA Dirk von Polenz

KTA Christa Hoppenheit

#### **Vertreter**

KTA Rudolf Böcker

KTA Michael Ramke

KTA Marianne Kaiser-Fuchs

KTA Karl-Heinz Funke

*KTA Günther Heußen*

KTA Franz Wimmer

KTA Ralf Thiesing

KTA Peter Tischer

KTA Horst-Dieter Husemann

KTA Anja Kindo

KTA Gustav Zielke

KTA Siegfried Harms

KTA Hartmut Kaempfe

#### **Grundmandat / beratend:**

KTA Janto Just

KTA Wolfgang A. Janßen

Auf die Darstellung der weiteren Mitglieder des Schulausschusses außerhalb des  
Kreistages wird an dieser Stelle verzichtet.

b) **Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft** (Herr Heußen als stv. Mitglied)

**Mitglied**

KTA Michael Ramke \* Vorsitz  
KTA Rudolf Böcker \*\* stv. Vorsitz  
KTA Peter Eggerichs  
KTA Dieter Janßen  
KTA Dietrich Gabbey  
1. stv. LR Reinhard Onnen-Lübben

KTA Elisabeth Onken  
KTA Wilfried Rost  
KTA Bärbel Herfel

KTA Dirk von Polenz

KTA Hartmut Kaempfe

Grundmandat / beratend:

KTA Wolfgang A. Janßen

**Vertreter**

*KTA Günther Heußen*

KTA Fred Gburreck

KTA Walter Heidenreich

KTA Elfriede Ralle

KTA Rainer Brunken

KTA Wilfried Habeck

KTA Herbert Lahl

KTA Horst-Dieter Husemann

KTA Heide Bastrop

KTA Uwe Burgenger

KTA Anja Kindo

KTA Siegfried Harms

KTA Christa Hoppenheit

KTA Janto Just

c) **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen**

(Herr Heußen als Mitglied, neuer Vorsitzender auf Vorschlag der SPD/FDP:

KTA Bernd Pauluschke, neuer stellv. Vorsitzender: KTA Franz Wimmer)

KTA Bernd Pauluschke \* / *Vorsitz*

KTA Franz Wimmer \*\* / *stv. Vors.*

*KTA Günther Heußen*

KTA Alfred Müller

KTA Dieter Janßen

2. stv. LR Olaf Lies

KTA Klaus-Peter Koch

KTA Joachim Gramberger

KTA Elisabeth Onken

KTA Iko Chmielewski

KTA Elfriede Ralle

1. stv. LR Reinhard Onnen-Lübben

KTA Fred Gburreck

KTA Peter Eggerichs

KTA Raimund Recksiedler

KTA Wilfried Habeck

KTA Wilfried Rost

KTA Bärbel Herfel

KTA Karin Dierenga

KTA Gustav Zielke

KTA Dirk von Polenz

KTA Hartmut Kaempfe

KTA Christa Hoppenheit

KTA Siegfried Harms

Grundmandat / beratend:

KTA Janto Just

KTA Wolfgang A. Janßen

d) Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales (Hr. Heußen als Mitglied)

**Mitglied**

KTA Elfriede Ralle \* Vorsitz

KTA Marianne Kaiser-Fuchs \*\* stv. Vorsitz

KTA Fred Gburreck

*KTA Günther Heußen*

KTA Franz Wimmer

KTA Rainer Brunken

KTA Peter Tischer

KTA Heide Bastrop

KTA Karin Dierenga

KTA Anja Kindo

KTA Siegfried Harms

**Vertreter**

KTA Uwe Osterloh

KTA Rudolf Böcker

KTA Bernd Pauluschke

KTA Alfred Müller

KTA Gisela Grützner

KTA Thomas Busch

KTA Klaus-Peter Koch

KTA Ralf Thiesing

KTA Joachim Gramberger

KTA Gustav Zielke

KTA Iko Chmielewski

KTA Christa Hoppenheit

KTA Hartmut Kaempfe

Grundmandat / beratend:

KTA Janto Just

KTA Wolfgang A. Janßen

Auf die Darstellung der weiteren Mitglieder außerhalb des Kreistages wird an dieser Stelle verzichtet.

e) **Jugendhilfeausschuss** (Herr Heußen als stv. Mitglied)

**Mitglied**

KTA Uwe Osterloh \* Vorsitz

KTA Marianne Kaiser-Fuchs \*\* stv. Vorsitz

KTA Gisela Grützner

KTA Peter Tischer

**Vertreter**

*KTA Günther Heußen*

KTA Peter Eggerichs

KTA Franz Wimmer

KTA Elisabeth Onken

KTA Karin Dierenga

KTA Heide Bastrop

KTA Gustav Zielke

KTA Anja Kindo

KTA Uwe Burgenger

Grundmandate / beratend:

KTA Christa Hoppenheit

KTA Siegfried Harms

KTA Hartmut Kaempfe

KTA Janto Just

KTA Wolfgang A. Janßen

Auf die Darstellung der weiteren dem Ausschuss angehörenden Mitglieder außerhalb des Kreistages wird verzichtet.

**TOP 6 Umbesetzungen in den örtlichen und überörtlichen Gremien außerhalb des Kreistages sowie Feststellungsbeschluss zu den neuen Besetzungen**

Frau Schlieper erklärte, dass Herr Heußén auch in den örtlichen und überörtlichen Gremien alle bislang von Frau Haltern wahrgenommenen Positionen – bis auf die Mitgliedschaft in der Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (sh. hierzu TOP 8.2.1) - übernehmen werde.

Der Kreistag bestätigte daraufhin einstimmig die Entsendung von Herrn Heußén als

- stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gaststättenverwaltungsgesellschaft „Forsthaus Upjever“
  - Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschulen und Musikschulen Friesland und Wittmung gGmbH
- stellvertretendes Mitglied in der Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft sowie
  - stellvertretendes Mitglied im Werksausschuss des Grundstücks-Eigenbetriebes Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch

**TOP 7 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 24. Juni 2009**

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.



**TOP 8     Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung**

**TOP 8.1   - aus dem Kreisausschuss vom 12. August 2009**

**TOP 8.1.1 Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen /  
überplanmäßigen Auszahlungen im Sonderbudget Nachsorge  
Abfalldeponie Hohenberge  
Vorlage: 538/2009**

Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses – TOP 4.1.1 der Niederschrift vom 12.08.2009 – und beschloss wie folgt:

**Beschluss**

Dem überplanmäßigem Aufwand und den überplanmäßigen Auszahlungen im Budget Nachsorge Abfalldeponie Hohenberge in Höhe von insgesamt 47.200,00 € wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 8.1.2 Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung;  
hier: Darlehensgewährung an die Wirtschaftsförderungs-  
gesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH in Höhe von 27.613,86  
Euro**

**Vorlage: 542/2009**

**- dazu: ergänzende Vorlage 577/2009 aus dem KA 30.09.2009  
(Rangrücktritt)**

**Vorlage: 577/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 4.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift zur Kenntnis inklusive der Ergänzungen zur Rangrücktrittserklärung aus dem Kreisausschuss vom 30.09.2009 (Vorlage 577/2009 – TOP 3.1.3) zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Der außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt in Höhe von 27.613,86 € für die Gewährung eines Darlehens an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH sowie der Abgabe einer Rangrücktrittserklärung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **TOP 8.2 - aus dem Kreisausschuss vom 2. September 2009**

### **TOP 8.2.1 Vertretung des Landkreises Friesland in der Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Vorlage: 552/2009**

Auf Vorschlag der SPD/FDP-Gruppe beschloss der Kreistag wie folgt:

#### **Beschluss:**

Als Nachrücker für Frau Sabine Haltern in der Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH wird Kreistagsabgeordneter Bernd Pauluschke, Zetel, benannt. Seine Vertretung erfolgt durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Herrn Kreistagsabgeordneten Franz Wimmer.

Abstimmungsergebnis:  
einstimmig

## **TOP 8.3 - aus dem Kreisausschuss vom 30. September 2009**

### **TOP 8.3.1 Ostfriesland Tourismus GmbH; Erhöhung der Zahlung in die Kapitalrücklage ab dem Jahr 2010 (WTKF 23.09.) Vorlage: 556/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.09.2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Kammer erklärte, dass regionale Belange insgesamt mehr in der OTG heraus gearbeitet werden müssten. Man werde sich nicht gegen die Zahlung in die Kapitalrücklage aussprechen, da auch innerhalb Frieslands zwischen den Nord- und Südgemeinden gewisse Meinungsunterschiede bestünden. Diese Punkte müssten noch einmal heraus gearbeitet werden. Im nächsten Fachausschuss sollte dieser TOP gezielt angesetzt werden. Dabei sollten auch die unterschiedlichen Werbematerialien erörtert werden, damit man erkenne, wie man in der OTG als Gesamt-Friesland dargestellt werde.

Im Übrigen sei es erfreulich, so Herr Kammer, dass sich die Kommunen und der Landkreis in Gesprächen u. a. über die Höhe der Kreisumlage befänden.

Der Kreistag beschloss sodann wie folgt:

#### **Beschlüsse:**

1. Der Erhöhung der Zahlungen in die Kapitalrücklage der Ostfriesland Tourismus GmbH durch die Gesellschafter in Höhe von 50.000,00 € wird zugestimmt.

Auf den Landkreis Friesland entfällt ein Betrag von 8.750 €, so dass die Zahlung des Landkreises Friesland in die Kapitalrücklage von bisher 50.000 € auf zukünftig 58.750 € ansteigt.

Die Erhöhung soll ab dem Jahr 2010 erfolgen.

2. Die Höhe der Gesamtzahlung von 450.000,00 € wird für 5 Geschäftsjahre festgeschrieben. Nach 3 Jahren erfolgt eine Evaluierung, ob weitere Anpassungen notwendig sind.

Abstimmungsergebnis:  
einstimmig

#### **TOP 8.4 - aus dem Kreisausschuss vom 14. Oktober 2009:**

##### **TOP 8.4.1 Berufung von beratenden Mitgliedern nach § 47 Absatz 7 NLO (SozialA 01.10.) Vorlage: 568/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

##### **Beschluss:**

Herr Joachim Stasch, Geschäftsführer des AWO Kreisverbandes Wilhelmshaven/Friesland e.V., wird als neues beratendes Mitglied nach § 47 Absatz 7 NLO in den Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales berufen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

##### **TOP 8.4.2 Vertretung des Landkreises Friesland im Verwaltungsrat Job-Center Friesland - Kenntnisnahme einer Protokollnotiz zum ARGE-Vertrag Vorlage: 579/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Just stellte fest, Landkreis und Arbeitsagentur stellten im Verwaltungsrat je drei Sitze und den jeweiligen Vertreter. Für den Landkreis werde jetzt die Sonderregelung von fünf Stellvertretern geschaffen, weil Herr Lies des öfteren verhindert und kurzfristig nicht in der Lage sei, eine Vertretung sicherzustellen. Nur deswegen würden zusätzlich zwei Vertreter aus der Kreisverwaltung hinzu benannt. Solche Sonderregelungen halte die BfB-Fraktion für nicht angebracht.

Kreistagsabgeordnete Schlieper stellte fest, dass es nicht um eine Sonderregelung für Herrn Lies gehe, sondern um die prinzipielle Feststellung, wer innerhalb des

Verwaltungsrates eine Stimme für den Landkreis Friesland abgeben dürfe. Nur darin bestehe das Interesse für diese Protokollnotiz.

**Beschluss:**

Folgende Protokollnotiz zu § 7 des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Agentur für Arbeit Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland vom 16. November 2004 wird zur Kenntnis genommen:

*„Der Verwaltungsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Von der Agentur und von der Kommune werden je drei Mitglieder in den Verwaltungsrat entsandt. Jeder Vertragspartner bestimmt zusätzlich bis zu fünf Ersatzmitglieder zur Vertretung der von ihm entsandten Verwaltungsratsmitglieder. Auf eine Regelung in der Reihenfolge der Vertreter wird dabei verzichtet. Bei Ausscheiden eines Mitglieds oder Ersatzmitglieds ist von dem jeweiligen Vertragspartner eine neue Person zu bestimmen.“*

Im Ergebnis bleibt es bei der Regelung:

**Mitglieder:**

Erster Kreisrat Peter Wehnemann  
2. stv. Landrat Olaf Lies  
Kreistagsabgeordneter Herbert Lahl

**Ersatzmitglieder:**

Landrat Sven Ambrosy  
Kreistagsabgeordneter Michael Ramke  
Kreistagsabgeordnete Elisabeth Onken  
Kreisoberamtsrat Stefan Wiese  
Kreisoberamtsrat Otmar Mammen

**Abstimmungsergebnis:**

zustimmende Kenntnisnahme bei zwei Gegenstimmen

**TOP 8.4.3 Berufung hinzugewählter Mitglieder in den Ausschuss für Schule,  
Sport und Kultur  
Vorlage: 576/2009**

Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses – TOP 3.1.3 der Niederschrift vom 14.10.2009 – wie folgt:

**Beschluss:**

Die Schülervetreter (bisherige Ersatzmitglieder) der allgemein bildenden Schulen des Kreisschülerrates

- Mitglied Philipp Heinrich (LMG Varel)  
Am Wall 15, 26340 Zetel
- Ersatzmitglied Caterina Conte (HS Obenstrohe)  
Krambeerenstr. 27, 26316 Varel

und der Schülervetreter der berufsbildenden Schulen des Kreisschülerrates

- Mitglied Simon Ritter (BBS Jever)  
Stettiner Str. 19, 26441 Jever
- Ersatzmitglied: N.N.

werden für die Dauer der restlichen Wahlperiode der Vertretungskörperschaft als Mitglied in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 8.4.4 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung für das Haushaltsjahr 2009; hier: Kreiswirtschaftsförderungsprogramm  
Vorlage: 584/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.4 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 14.10.2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Harms erklärte, die Gewährung von Mitteln aus dem Förderprogramm sei grundsätzlich zu begrüßen. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise sei aber auch die damit verbundene Belastung für die Haushalte von Gemeinden und Landkreis zu bedenken. Für manche Kommune werde es schwierig werden, ihren defizitären Haushalt ausgleichen zu können.

Landrat Ambrosy führte aus, die Folgen der Wirtschaftskrise seien bislang erfreulicherweise geringer als befürchtet. Man verzeichne derzeit mehr Anträge auf Wirtschaftsförderung als erwartet.

Man habe vor dem Problem gestanden, alle Anträge abzuarbeiten, ohne entsprechende Mittel bereit stellen zu können. Das überplanmäßig bereit gestellte Geld sei mit konkreten Projekten hinterlegt, stelle also keineswegs eine „Vorsichtsmaßnahme“ dar. Mit den betroffenen Städten und Gemeinden sei bereits gesprochen worden; sie seien in der Lage, finanziell gegenzuhalten. Die Kreisverwaltung strebe an, die vorliegenden Anträge noch in diesem Jahr zu bescheiden.

Die von Herrn Harms angesprochenen Bedenken könnten insofern ausgeräumt werden.

Der Kreistag beschloss sodann wie folgt:

**Beschluss:**

Die überplanmäßige Auszahlung zur Abwicklung des Kreiswirtschaftsförderungsprogramms in Höhe von 181.442 € für das Jahr 2009 wird genehmigt. Die Deckung erfolgt durch erzielte Verbesserungen im Finanzhaushalt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung bei 4 Gegenstimmen

## **TOP 8.4.5 Anpassung der Zweckverbandsumlage; hier: Nachtrag (Teilbeschluss aus Vorlage 587/2009)**

Auf die Ausführungen der Vorlagen 578 und 587 sowie der Kreisausschuss-Niederschrift vom 14. Oktober 2009 wird verwiesen (sh. auch TOP 3.3.2 / nichtöffentlicher Teil).

Landrat Ambrosy verwies auf den der Öffentlichkeit bekannten Sachverhalt und verlas den ersten Abschnitt des Beschlussvorschlages:

*„Die überplanmäßige Ausgabe im Ergebnishaushalt in Höhe von 631.847,00 € zur Deckung des Rest-Fehlbedarfs für die vom Landkreis Friesland zu tragende Verbandsumlage für den Zweckverband Abfalldeponie Wiefels wird genehmigt.“*

Für den Haushalt 2009 werde durch einen höheren Bedarf beim Zweckverband die Verbandsumlage ansteigen. Der heute zu treffende Beschluss beziehe sich nicht auf den Gebührenhaushalt; diese Entscheidung werde im Rahmen der Haushaltsberatungen herbei geführt. Gleichwohl habe der Zweckverband einen Anspruch darauf, im Falle eines Fehls einen Ausgleich durch die Verbandsmitglieder zu erhalten. Dies sei Inhalt des verlesenen Beschlussvorschlages; es gehe also um eine rein haushalterische Beordnung.

Der Zweckverband habe dem Landkreis mitgeteilt, dass für 2009 und für 2010 bis 2012 aufgrund der von der Verbandsversammlung beschlossenen höheren Investitionskosten für die notwendigen Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen und wegen der höheren Unterhaltungskosten für das bewegliche Anlagevermögen die von den Landkreisen Wittmund und Friesland aufzubringende Verbandsumlage steigen werde. Es gehe für 2009 um eine Erhöhung von bisher 7.913.100 auf 8.899.500 Euro, weil der Umbau der Mechanik nunmehr Investitionskosten in Höhe von 1,4 Mio. Euro gegenüber bisher 900.000 Euro erfordere.

Das Thema „Trockenvergärungsanlage“ sei im Grundsatz beschlossen.

Außerdem sei ein Anstieg der Kosten für Anlagenteile sowie die Unterhaltungskosten für das bewegliche Anlagevermögen im Bereich der Biologie und des Kompostwerkes im Jahre 2009 um etwa 300.000 Euro zu verzeichnen. Insofern erhöhe sich der Anteil des Landkreises Friesland entsprechend seiner 2/3-Beteiligung entsprechend um 651.024 Euro.

Diese Haushaltsmittel seien im Haushalt 2009 nicht veranschlagt. Nach der aktuellen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Abfallgebührenhaushaltes 2009 würden sich unter Berücksichtigung der vorgenannten höheren Verbandsumlage die Ausgaben für den Ergebnishaushalt damit um die genannte Summe erhöhen = 488.072 Euro.

Aufgrund der Tatsache, dass viele Bürger den Abfuhrhythmus auf 4- bzw. 6-wöchentliche Abfuhr umgestellt hätten, würden die Gebühreneinnahmen auch noch in diesem Jahr um rd. 143.765 Euro niedriger als veranschlagt liegen. Naturgemäß habe man um diese Entscheidungstendenz der Bürger vorher nicht wissen können.

Das Gesamtfehl betrage somit 631.847 Euro; ein Teil davon sei im Gebührenhaushalt angefallen. Für diese Ausgaben stünden lt. Kämmerei Deckungsmittel im allgemeinen Haushalt des Landkreises zur Verfügung. Entsprechend laute der – rechtlich alternativlose – verlesene Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Wenn es um die Klärung der Beordnung des Gebührenhaushaltes gehe, stünden Herr Arlinghaus/Abfallwirtschaftszentrum und Herr Peters/Fachbereich 12 den Fraktionen für ihre Beratungen gern zur Verfügung.

Kreistagsabgeordneter Just hinterfragte, ob die Mehrbelastung von rd. 650.000 Euro einmalig in 2009 oder auch in den Folgejahren zu erwarten sei. Um wieviel Prozent würden sich ggf. die Abfallgebühren erhöhen müssen?

Landrat Ambrosy verwies darauf, man benötige verlässliche Datenmaterial des Zweckverbandes, bevor hierzu eine prozentuale Größenordnung genannt werden könne. Nach Vorliegen der Haushaltsdaten des Zweckverbandes werde man intensiv mit der Kämmerei besprechen, ob es Einsparungsmöglichkeiten gebe. Auch den Fraktionen müssten diese Daten zunächst vorgelegt werden, um ihnen eine Meinungsbildung zu ermöglichen.

Eine wiederkehrende Erhöhung sei voraussichtlich nicht zu vermeiden. Eine etwaige Gebührenanhebung sei wahrscheinlich nicht abzuwenden, bedürfe aber noch der intensiven Erörterung.

**Beschluss:**

Die überplanmäßige Ausgabe im Ergebnishaushalt in Höhe von 631.847,00 € zur Deckung des Rest-Fehlbedarfs für die vom Landkreis Friesland zu tragende Verbandsumlage für den Zweckverband Abfalldeponie Wiefels wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung bei 2 Gegenstimmen der Kreistagsabgeordneten Wolfgang A. Janßen und Janto Just

**TOP 9 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses wurde nicht berichtet.

**TOP 10 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse**

**TOP 10.1 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 19. August 2009**

**TOP 10.2 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr vom 3. September 2009**

**TOP 10.3 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 21. September 2009**

**TOP 10.4 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 23. September 2009**

**TOP 10.5 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 23. September 2009**

## **TOP 10.6 Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales vom 1. Oktober 2009**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

## **TOP 11 Mitteilungen des Landrates**

### **TOP 11.1 Finanzbericht III. Quartal 2009**

Landrat Ambrosy teilte mit, man habe allen Kreistagsabgeordneten den 3. Quartalsbericht 2009 zugeleitet. Im Hinblick auf die auch für den Landkreis zu erwartenden erheblichen finanziellen Verschlechterungen versuche man bereits jetzt, Einsparungen zu erzielen, wo immer es sich ermöglichen lasse. Seit Juli befinde man sich in intensiven Gesprächen mit den Abteilungs- und Fachbereichsleitern der Kreisverwaltung und habe faktisch eine Haushaltssperre verhängt. Zahlungen, die nicht auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis zu leisten seien, versuche man einzudämmen oder anderweitig zu beordnen. Nach dem Quartalsbericht sei es der Verwaltung gelungen, durch entsprechende Maßnahmen voraussichtlich 2,6 % des Ergebnishaushaltes positiv zu erwirtschaften = 2,9 Mio. Euro von einem Gesamthaushalt von etwas über 100 Mio. Euro.

Von den 16 Mio. Euro an bisher aufgelaufenem Fehlbetrag sollte soviel wie möglich abgebaut werden. Für den Landkreis sei zu erwarten, dass durch die Senkung der Schlüsselzuweisungen durch das Land und die Verminderung der Einnahmen aus Kreisumlage Einnahmeverluste von 5 – 8 % im Ergebnishaushalt eintreten könnten. Konkrete Zahlen seien nach dem 15. November 2009 möglich, wenn die Orientierungsdaten des Landes Niedersachsen vorlägen.

Die Verwaltung werde ein Konsolidierungsprogramm erarbeiten und gegensparen müssen. Es sei aber kaum möglich, Einbußen von 5 – 8 % durch entsprechende Einsparungen zu kompensieren. In den anstehenden Haushaltsberatungen 2010 werde man sich intensiv mit der Thematik befassen müssen.

#### Anm.:

*Durch damals nicht bekannte Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen beläuft sich der Haushalts-„Überschuss“ auf ca. 1,9 Mio. € (entspr. ~ 1,6 %)*

### **TOP 11.2 Finanzbeziehungen Landkreis / Kommunen**

Aus den letzten Haushaltsberatungen resultiere der Wunsch der Kreisgremien nach intensiverer Erörterung der Finanzbeziehungen mit den Städten und Gemeinden; ihre Einbindung solle sich ausdrücklich nicht nur auf den Punkt „Kreisumlage“ beschränken. Diesem Anliegen komme die Kreisverwaltung nach.

Heute habe eine Erörterung mit den Kommunen stattgefunden, in der es vor allem um den gegenseitigen Zahlenaustausch gegangen sei. Man habe sich der Vergleichbarkeit wegen zunächst auf gemeinsame Datenbasen verständigt, um eine



Bewertung der unterschiedlichen finanziellen Situation überhaupt vornehmen zu können.

Zwei Arbeitskreise seien im Ergebnis gebildet worden:

- Ein AK werde sich mit der Stärkung der vertikalen kommunalen Zusammenarbeit befassen, um Fragen zu klären wie:  
Gibt es Dinge, die wir als Landkreis gemeinsam für die Gemeinden übernehmen können? Gibt es Angelegenheiten, die eine Gemeinde für andere Gemeinden oder den Landkreis mit übernehmen könnte?  
Es gebe Ideen, die man auf Realisierbarkeit hin überprüfe.
- Der zweite AK werde sich mit Zuständigkeiten auseinander setzen. Es sei schwierig, diese Finanzbeziehungen zu entflechten und darzustellen. Mit diesem Punkt werde man sich über die Haushaltsberatungen hinaus befassen.

### **TOP 11.3 Situation Firma Heinen GmbH**

Leider habe die Firma Heinen, so der Landrat, Insolvenz anmelden müssen, da ein erwarteter Auftrag storniert worden sei. Der Landkreis sei besorgt, da man gemeinsam mit der Firma, den Banken, der Wirtschaftsförderung und der Stadt Varel im Grunde auf einem guten Weg gewesen sei. Im nichtöffentlichen Teil wäre heute eigentlich der Beschluss über den Beitrag der Wirtschaftsförderung des Landkreises vorgesehen gewesen; dieser entfalle aufgrund der aktuell geänderten Situation.

Es solle versucht werden, eine Art Management-Buy-Out zu erreichen, um mit Personal des Betriebes eine Neugründung aus der Insolvenzmasse zu ermöglichen. Wirtschaftsförderung und Banken würden diese Bestrebungen begleiten und nach Kräften unterstützen; ggf. werde auch Sachverstand von Dritten wie z. B. Wirtschaftsprüfern eingeholt.

Wichtig sei die Klärung, ob es ein tragfähiges Konzept für eine Neugründung aus der Konkursmasse gebe. Nur dann werde der Landkreis prüfen, ob eine Hilfe aus Wirtschaftsförderungsmitteln möglich sei. Herr Graalfs als Wirtschaftsförderer stehe in engen Gesprächen mit der Stadt Varel, um gemeinsam die entscheidenden Informationen und Einschätzungen zu erhalten.

Kreistagsabgeordneter W. Janßen hinterfragte, warum die Kreisverwaltung zum Zeitpunkt der Beratungen im Kreisausschuss die Risikoabschätzung oder Bilanzen für das Unternehmen nicht gesehen habe. Auch die Meinung der Geschäftsführung hätte eingeholt werden müssen, um gezielt Fragen stellen zu können. Zukünftig müssten bei Entscheidungen dieser Art umfassender Informationen eingeholt und sensibler eingeschätzt werden.

Landrat Ambrosy verwies auf das vorliegende Konzept und die Weitergabe aller dem Landkreis vorliegenden Informationen an die Gremien. Die Verwaltung habe stets zeitnah informiert und habe immer in engem Austausch mit der Stadt Varel gestanden. Bei der Bewertung der Situation nehme man durchaus auch Sachverstand von außen in Anspruch, um eine reale Einschätzung vornehmen zu können.

Die Politik sei in den Informationsfluss zu jeder Zeit eingebunden gewesen. Sobald es einen neuen Sachstand in der Angelegenheit Heinen gebe, werde man sich damit erneut an die Ausschüsse wenden.

## **TOP 12 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

### **TOP 12.1 Antrag der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo, DIE LINKE, (Eingang: 5. Oktober 2009) betr. Einrichtung eines Jugendparlamentes**

Frau Kindo erläuterte ihren Antrag.

Im Bundestagswahlkampf habe sich gezeigt, dass Jugendliche Politiker anders wahrnehmen als gewünscht. Um das Interesse der Jugendlichen an der Politik zu stärken und sie mehr einzubinden, wünsche die Linke die Installierung eines sog. Jugendparlamentes im Landkreis Friesland.

Um das Interesse besser abschätzen zu können, werde vorgeschlagen, das Planspiel „Kommunalpolitik“ im Landkreis durchzuführen. Es handele sich dabei um ein Programm der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Die Stiftung werde in die Kreise und ggf. Kommunen auf deren Anforderung sog. Jugendtrainer entsenden. Das Spiel und die Durchführung der drei Projektstage werde von der Stiftung vorbereitet; das Seminarmaterial werde gestellt. Auch Öffentlichkeitsarbeit und Pressekontakte würden von dort übernommen. Es gelte sich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für eine Teilnahme zu bewerben; das Linksbündnis halte dieses Projekt für interessant, um grundsätzlich Informationen über das politische Interesse Jugendlicher zu erhalten. Frau Kindo bat um positive Begleitung des Anliegens in den Ausschüssen.

Kreistagsvorsitzender Funke empfahl die Verweisung an den zuständigen Fachausschuss. Möglicherweise gebe es in Deutschland Beispiele bereits erfolgreich durchgeführter Seminare für Jugendliche.

Kreistagsabgeordnete Schlieper begrüßte grundsätzlich die Anregung, ein Planspiel „Kommunalpolitik“ für Jugendliche anzubieten. In erster Linie würde sich dies jedoch auf Ebene der Kommunen anbieten, da sie eher über den unmittelbaren Kontakt zu „ihren“ Jugendlichen verfügten. Begrüßenswert wäre es, wenn eine entsprechende Initiative ggf. über den Kreisschülerrat angestoßen würde. Für Jugendliche sei es vorteilhafter, kürzere Projekte ohne lange Bindungsdauer zu nutzen.

Kreistagsabgeordneter Kammer sprach sich für die CDU-Fraktion ebenfalls dafür aus, Jugendliche verstärkt an die Politik heran zu führen und ihnen Abläufe zu verdeutlichen. In einigen der Kreis-Fachausschüsse sei diese Idee durch Schüler- und Jugendvertreter bereits praktisch umgesetzt. Die CDU vertrete die Auffassung, dass das vorgeschlagene Konzept „von unten her“ wachsen müsse. Daher sollte der Antrag der Kreistagsabgeordneten Kindo an die Städte und Gemeinden im Landkreis Friesland weiter geleitet werden. Sie sollten sich eine Meinung dazu bilden, ggf. entsprechende Jugendparlamente einzurichten. Die Kreispolitik biete sich hierfür weniger an, da naturgemäß Angelegenheiten abstrakter seien und nicht den entsprechenden örtlichen Bezug wie gemeindliche Dinge hätten.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, nicht von Gemeindeseite, sondern von Seiten der Jugendlichen selbst müsse ein Anstoß für mehr Einbindung und Beteiligung an Politik erfolgen. Ob dies geschehe, sei aber mehr als fraglich.

Das vom Linksbündnis angedachte Jugendparlament interessiere wahrscheinlich keinen Jugendlichen in Friesland; Vorstöße in dieser Richtung habe es seitens der Jugendlichen in den vergangenen Jahren jedenfalls nicht gegeben. Für sie habe die Politik offensichtlich keinen Reiz, weil sie oft vermutlich zu aufgesetzt und langweilig wirke. BfB unterstütze den Antrag daher nur, wenn der Anstoß von den Jugendlichen selbst komme – nicht aber, wenn die Politik selbst dies Anliegen forcieren.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski empfahl eine Beratung im Fachausschuss. Aus seinen Erfahrungen mit einem ähnlichen Anliegen der MMW an die Stadt Varel berichtete er von Problemen. Das Aufwachsen einer politischen Betätigung Jugendlicher sei auch „von unten“ nicht unproblematisch.

Kreistagsabgeordneter W. Janßen erklärte, bereits in den Schulen müsse bei den Jugendlichen die Neugier auf Politik geweckt und unterstützt werden. Das politische Unwissen Jugendlicher sei erschreckend; hier gebe es bei der Mehrzahl der Schüler/innen großen Nachholbedarf.

Kreistagsabgeordneter Zielke teilte mit, im Rahmen der Jugendarbeit erlebe man durchaus viele sehr interessierte Jugendliche. Desinteresse an gesellschaftlichen Fragen bestehe bei ihnen, weil sie nicht eingebunden würden, keine Ausbildung, keinen Arbeitsplatz und keine verlässliche Zukunftsperspektive hätten. Es gelte ihnen Chancen des Mitwirkens zu bieten. Ob dies in einem Jugendparlament gelinge, sei fraglich. Wichtig sei die Öffnung der Parteien und die Option, den Jugendlichen Lösungen für ihre Probleme zu ermöglichen.

Der Antrag wurde an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

### **TOP 12.2 Eilantrag der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo zur Forderung einer höheren Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung - KdU - für ALG II-Beziehende**

Frau Kindo bezog sich auf den im Bundestag im Oktober gefassten Beschluss, der sich in jedem Falle negativ auf die Haushaltslage des Landkreises auswirken werde. Wichtig sei die weitere Vorgehensweise, um der weiteren Entwicklung entgegen zu treten und gewappnet zu sein.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden Funke erklärte sich Frau Kindo damit einverstanden, den Antrag zur weiteren Beratung an den Kreisausschuss weiter zu reichen, um dort über das weitere Vorgehen in der Sache zu beraten.

Landrat Ambrosy erklärte, die Kreisverwaltung werde Bundestagsabgeordnete der Region in dieser Angelegenheit anschreiben. Im Übrigen bringe man sich über die Vertreter in den NLT-Gremien ein, um über den Dt. Landkreistag Einfluss auf die Entwicklung nehmen zu können. Auf jeden Fall müsse alles versucht werden, um die finanziellen Belastungen für den Landkreis abzuwehren. Der Beschluss des Bundes zeige, wie hier versucht werde, Kosten abzuwälzen. Die geschilderten Einsparungen von 2,5 Mrd. Euro dienten zur Finanzierung der Kinderbetreuung.

## **TOP 13    Anfragen nach § 11 GO**

### **TOP 13.1    Anfrage der BfB-Fraktion vom 18.10.2009 zur Kapitalerhöhung der EWE**

Im folgenden werden an dieser Stelle nur die öffentlich zulässigen Auskünfte der Verwaltung zu den gestellten Fragen der BfB-Fraktion aufgeführt. Im Wirtschaftsausschuss am 23. September 2009 wurde sehr eingehend über den Sachverhalt des Verkaufs an EnBW berichtet. Im Ergebnis ist ein allgemein akzeptierter Beschlussvorschlag zur Erlangung einer höheren EWE-Gewinnbeteiligung des Landkreises gefunden worden (keine Substanzaufzehrung).

Landrat Ambrosy verwies insofern auf die in der Angelegenheit erschienenen Presseartikel sowie die Protokollierung des WTKF vom 23. September 2009.

Die folgenden Ausführungen basieren auf den von Landrat Ambrosy im weiteren Sitzungsverlauf verlesenen Antworten der Verwaltung:

*„Grundlegend wird vor der Beantwortung der BfB-Anfrage vom 18.10.2009 auf folgendes hingewiesen:*

*Die angesprochene Unterrichtungspflicht der Vertreter des Landkreises Friesland in der Verbandsversammlung des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungverbandes (EWE Verband) erstreckt sich -wie bereits zur WTKF-Ausschusssitzung am 23.09.2009 dargelegt- ausschließlich auf die Verbandsversammlung und auch nur dann, wenn einer Unterrichtung keine anderen gesetzlichen Hinderungsgründe entgegenstehen. Die Unterrichtungspflicht besteht jedoch nicht für den Verbandsausschuss und eben hier sind die Belange der Beteiligungen WEE GmbH, EEW GmbH und EWE Verband Beteiligungen GmbH angesiedelt.*

*Anfang 2008 war der gesamte europäische Energiewirtschaftsmarkt starken Schwankungen ausgesetzt, so dass sich neue Entwicklungs- und Kooperationsmöglichkeiten ergaben, denen sich die EWE AG auch nicht verschlossen hatte (grade vor dem Hintergrund, dass der E.On-Anteil nicht dauerhaft durch den EWE-Verband gehalten sollte). So gab es mehrere unverbindliche Angebote (indicative offers), u.a. von Gasprom, Gaz de France, EnBW, die näher geprüft worden sind (EWE-Pressemeldung vom 24.04.2008).*

*Die exakten vertraglichen Regelungen unterliegen aus Wettbewerbsgründen der Geheimhaltung und können nicht offen gelegt werden.*

*Die Grundlage für den Verkauf von 26 % der EWE AG-Anteile ist bereits mit dem Beschluss zur Übernahme der ehemaligen E.On-Anteile gelegt worden. Von den beiden Beteiligungsgesellschaften EEW GmbH und WEE GmbH wurden zum Kauf dieser E.On-Anteile Darlehen von insgesamt 640 Mio. € aufgenommen, die nicht keiner laufenden Tilgung unterliegen, sondern für die lediglich Zinsen gezahlt werden. Diese Darlehen werden 2012 fällig. Entweder hätte eine Prolongation für diese Darlehen angestrebt werden müssen und dann hätte man auch eine Tilgung berücksichtigen müssen oder aber man trennt sich wieder von dem 26% EWE AG Anteil, um die Darlehen 2012 in einer Summe tilgen zu können.*

*Der mittelfristige Wiederverkauf war, wie bereits eingehend erläutert, von Anfang an geplant, da eine Tilgung durch den Verband und sein Gesellschaften zu mindestens bis 2012 nicht geleistet werden kann.*

Durch die Anteils-Geschäfte der EWE AG mit der VNG und swb AG werden auch bei der EWE AG Verbindlichkeiten in Höhe von 1,5 Mrd. € demnächst zu Rückzahlung fällig; 1,0 Mrd. € 2014 und 500 Mio. € 2019, so dass auch die EWE AG mittelfristig auf enorme Kapitalmittel angewiesen ist.

Auf dieser Ausgangsbasis sind auch die diversen Sondierungsgespräche mit potentiellen Partnern geführt worden.

Aussage BfB: „EnBW übernimmt 26% der bisher kommunalen EWE-Anteile. Der Kaufpreis dafür beträgt 1,65 Mrd. €. Im Zuge des Einstiegs von EnBW erhält die EWE eine Kapitaleinlage von 1,35 Mrd. €. Von dieser Kapitaleinlage entfallen 26% (= 350 Mio. €) auf EnBW, 74% (= 1 Mrd. €) entfallen auf die kommunalen Anteilseigner.“

Diese Aussage ist nicht zutreffend, da durch die vielschichtigen Verträge (Multiples) unterschiedliche Zahlungsströme und Anteilsverkäufe sowie Kapitalerhöhungen eingetreten sind. Die rechtliche Situation ist bereits in der WTKF-Sitzung am 23.09.2009 dargestellt worden.

Verkürzt wiedergegeben:

- a) WEE GmbH veräußert ca. 10 % EWE-Anteil für 650 Mio. € an EnBW  
- damit können dann 2012 die 640 Mio. € Darlehen aus dem E.On-Anteilskauf abgelöst und die bis dahin anfallenden Zinsen gedeckt werden.
- b) EWE AG führt Kapitalerhöhung um 16 % auf 243 Mio. € Stammkapital durch; WEE GmbH und EEW GmbH verzichten auf anteilige Aktien und EnBW übernimmt die 16% allein; dafür werden 1,38 Mrd. € Kapitaleinlage gezahlt (43 Mio. € Stammkapital und 1,337 Mrd. € Kapitalrücklage) Aus diesen Kapitalmitteln können dann 2014 bzw. 2019 die Verbindlichkeiten von 1,5 Mrd. € bestritten werden.
- c) Nach Transaktion hält WEE GmbH 59 % (=143,37 Mio. €), EEW GmbH 15 % (= 36,45 Mio. €) und EnBW 26 % (=63,18 Mio. €) am EWE AG-Stammkapital.

Die von der BfB vorgetragenen Zahlen spiegeln dagegen die den Aktionären zuzurechnenden Wertanteile wieder mit der hypothetischen Annahme, dass erst 26 % an EnBW verkauft worden wäre und dann das Kapital der EWE AG im Verhältnis 74 : 26 % aufgestockt worden wäre.

Dabei sind die von der BfB gemachten Aussagen derart vereinfacht dargestellt worden, dass offensichtlich falsche Schlüsse gezogen werden sollen. Daher sind diese Aussagen zur neutralen Erklärung des Sachverhalts gänzlich ungeeignet. Aufgrund der bereits eingehend erwähnten Vertraulichkeitserklärung können keine genauen Zahlenangaben gemacht werden.

Technisch gesehen erfolgt die Beteiligung in zwei Schritten. Hier muss im Vergleich zur BfB Darstellung streng getrennt werden zwischen den einzelnen Beteiligten. Bei dem Verkauf des ehemaligen E.On Anteils veräußern die beiden Beteiligungsgesellschaften ein Aktienpakt im Wert von 650 Millionen € oder 10% der EWE AG. Dieses Geld fließt direkt an die Beteiligungsgesellschaften und nicht an die EWE AG und auch nicht an den EWE Verband.

Um diese Transaktion bewerten zu können, sei darauf hingewiesen, dass im Jahr 2004 die Beteiligungsgesellschaften für 640 Millionen € 26 % an der EWE AG kaufen konnten. Man hat also einen wesentlich höheren Unternehmensanteil in 2004 für 640 Millionen erwerben können.

Damit EnBW nun auch die weiteren 16% an der EWE AG erhalten kann ist eine Erhöhung des Kapitals verbunden mit der Ausgabe neuer Aktien beschlossen worden. An dieser

*Kapitalerhöhung nimmt vereinbarungsgemäß nur EnBW teil. Das Geld für die Kapitalerhöhung erhält die Stelle, die die Aktien ausgibt: die EWE AG, wobei beide Anteilseigner dann von dem höheren „Wert“ der EWE AG im Verhältnis ihrer Anteile profitieren.*

*Bilanzierungstechnisch werden die Finanzströme geteilt. Zum einen wird das Stammkapital erhöht und zum anderen wird die Kapitalrücklage erhöht, wobei dividendenberechtigt nur das Stammkapital ist.*

**Vor diesem Hintergrund werden nun die Fragen beantwortet:**

- 1. Wann hat der EWE-Verband beschlossen, über seine Tochtergesellschaften WEE und EEW 26% der EWE-Anteile für 1,65 Mrd. € an EnBW zu verkaufen?*
- 2. Wann hat der EWE-Verband beschlossen, über seine Holdings in der Gesellschafterversammlung der EWE einer Erhöhung des EWE-Grundkapitals um 16% verbunden mit einer Kapitaleinlage von 1 Mrd. € zu Lasten der Kommunen zuzustimmen?*

*Die Beschlüsse über die Multiples-Verträge wurden in der Verbandsausschusssitzung am 04.07.2008 gefasst; die Beschlussdaten der Beteiligungsgesellschaften liegen dem Landkreis Friesland nicht vor. Beschlüsse zu Fragen 1 und 2 sind so nie gefasst worden; die Grundkapitalerhöhung und der Anteilsverkauf sind jedoch Teil der Multiples-Verträge.*

- 3. Warum haben Sie den Kreistag nicht frühzeitig vor diesen Entscheidungen im EWE-Verband unterrichtet und um ein Votum gebeten?*
- 4. Waren die Fragen, an wen wie viele EWE-Anteile zu welchem Preis abgegeben und ob die Eigentümerkommunen der EWE 1 Mrd. € als Kapitaleinlage zur Verfügung stellen, zu unbedeutend?*

*Für die Entscheidungen war der Verbandsausschuss des EWE Verbandes zuständig; wie eingangs mitgeteilt erstreckt sich weder die Berichtspflicht noch die Möglichkeit zur Abgabe von Voten auf den Verbandsausschuss; damit erübrigt sich Frage 3. Darüber hinaus gab es vertragliche Verschwiegenheitsverpflichtungen, die es den Verbandsausschussmitgliedern auch nicht gestatteten, von sich aus Informationen über Vertragsinhalte weiterzugeben, um letztlich die Geschäftsabwicklungen nicht zu gefährden. Gerade weil diese Geschäfte nicht unbedeutend waren (und sind und die Verschwiegenheitspflicht noch immer andauert), konnte eine Streuung der Informationen bis zur Umsetzung der Geschäfte nicht erfolgen.“*

Kreistagsabgeordneter Just verlas die Nummern 5 und 6 seiner Anfrage; sie seien vom Landrat leider nicht im öffentlichen Teil beantwortet worden.

Die vom Landrat angesprochene zusätzliche Dividende von etwa 10 Mio. Euro für alle Kommunen bedeute etwa 1 % Verzinsung des zusätzlich eingelegten Kapitals bei der EWE. Entsprechend würde der Landkreis Friesland bei der Sonderausschüttung nur 1 % zusätzliche Dividende erhalten für das von ihm der EWE zur Verfügung gestellte Kapital. Die Frage der BfB-Fraktion zielt ab auf die Differenz: Was zahlen wir als Landkreis für unsere Schulden? Welche Prozente werden uns dem gegenüber von der EWE in Aussicht gestellt? Wie hoch müsste die Dividende sein, um auf gleiche Verhältnisse zu kommen?

Der Landrat verwies auf seine Antworten im nichtöffentlichen Teil.

Der Kreistag nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

### **TOP 13.2 (Eil-)Anfrage der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo zur beabsichtigten Senkung des Finanzierungsanteils des Bundes zu den Kostender Unterkunft - KdU - für ALG II-Beziehende gem. § 22 SGB II**

Wie zu TOP 12.2 erklärte sich Frau Kindo damit einverstanden, dass die Angelegenheit im Kreisausschuss weiter beraten werden solle.

### **TOP 14 Anregungen und Beschwerden**

Kreistagsabgeordneter Ramke verwies auf das Fußballturnier anlässlich der Einweihung des Kunstrasenplatzes in Sande am 31. Oktober 2009 und bat um Anmeldungen.

### **TOP 15 Einwohnerfragestunde**

Herr Joachim Müller aus Zetel stellte verschiedene Fragen an Landrat Ambrosy:

Am 28.11.2008 habe der Kreistag einen **Anstieg der Müllgebühren** beschlossen. Nun werde erneut auf die Probleme der mechanisch-biologischen Anlage und die damit verbundene weitere Gebührenerhöhung verwiesen. Herr Müller hinterfragte, um welche Art Probleme es sich handle und ob die Billigkeitsregelung nach § 315 BGB erfüllt sei.

Landrat Ambrosy verwies auf die Insolvenz der Firma Horstmann, die eine unfertige Anlage hinterlassen habe. Wegen dieser Insolvenz sei eine Mängelbeseitigung durch die Firma nicht möglich. Die Geschäftsführung des Verbandes habe daher die Anlage fertiggestellt und den Durchsatz von 400 t/Woche auf durchschnittlich 1.200 t/wöchentlich gebracht.

Niemand könne mit der entstandenen Situation zufrieden sei; eine Gebührenerhöhung sei nicht gewollt, aber unabwendbar. Von einer neuerlichen 16 %igen Erhöhung sei nicht die Rede; eine Nennung von Prozentzahlen zum jetzigen Zeitpunkt sei unseriös. Zunächst bedürfe es einer intensiven Erörterung.

2008 habe man nach langer Zeit um 16 % die Gebühren erhöht; Friesland liege damit vom Gebührenniveau aber noch gut. Zu diesem Zeitpunkt sei man davon ausgegangen, für einige Jahre nicht weiter erhöhen zu müssen. Um so ärgerlicher sei die nunmehr eingetretene Situation. Es gelte jedoch, sich der Problematik zu stellen.

Die Anlage funktioniere mittlerweile und produziere mehr Energie als man verbrauche. Es bleibe eine Restmenge pro Woche, die man durch Dritte verarbeiten lassen müsse. Hierzu gebe es drei Varianten:

Verbrennung; diese koste mit Transport über 180 Euro/t  
Lieferung an eine andere technische Anlage: mit Transport koste dies ca. 90 Euro/t  
oder  
die Schaffung einer Trockenvergärungsanlage als neue technische Einrichtung.

Diese Lösung biete sich an, da sie nach heutigen Schätzungen bei ca. 50 Euro/t liege. Darüber müsse aber noch intensiv beraten werden, um die für den Bürger am geringsten belastende Lösung zu finden.

Im Zweckverband werde beraten und sodann über die Haushaltsberatungen im Dezember 2009 eine Lösung verabschiedet.

Weitere Fragen:

Welche weiteren Kosten bei den Müllgebühren kommen auf die Bürger zu durch Beschlüsse, die unsere Bundesregierung gefasst hat?

Wie steht es mit der Billigkeit nach § 315 BGB?

Wie gestaltet der Landkreis Friesland die Altpapier- und Altglasentsorgung?

Landrat Ambrosy verwies auf die Möglichkeit der Teilnahme als Zuhörer an öffentlichen Fachausschuss-Sitzungen. Alle gestellten Fragen seien dort bereits behandelt.

Die Blaue Tonne übernehme der Landkreis wieder in eigene Regie; es gebe gute Ausschreibungsergebnisse.

**Zum Koalitionsvertrag:**

Die Mehrwert- und Umsatzsteuerpflicht für kommunale Krankenhäuser und Rettungsdienst werde nicht, für öffentliche Abfallentsorgungsbetriebe jedoch wahrscheinlich weiter bestehen. Der Koalitionsvertrag sage hierzu Widersprüchliches aus; der Landrat erläuterte dies.

Eine erhebliche weitere Gebührensteigerung stünde an, wenn die Steuerpflicht für öffentlich-rechtliche Entsorgungsbetriebe komme. Daher stritten der Nds. Landkreistag und der Dt. Landkreistag um eine Lösung im Sinne der kommunalen Abfallentsorger.

- - - - -

Kreistagsvorsitzender Funke hatte die Kreistagssitzung zu Beginn der Einwohnerfragestunde verlassen. Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss nunmehr stellv. Kreistagsvorsitzender Lahl die öffentliche Kreistagssitzung um 16.10 Uhr. Der Kreistag setzte seine Beratungen in nichtöffentlicher Sitzung ab 16.15 Uhr fort.

gez. **Karl-Heinz Funke**  
Kreistagsvorsitzender

gez. **Herbert Lahl**  
stellv. Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**  
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**  
Protokollführerin